

## Streit um Gesamtarbeitsvertrag

**BAUBRANCHE** sda. Der Streit um den Gesamtarbeitsvertrag im Baugewerbe wird immer mehr zum Informationskrieg. Während die Gewerkschaften mit Kampfmassnahmen drohen und den Baumeistern Vertragsbruch vorwerfen, starten diese eine gross angelegte Plakatkampagne auf den Baustellen.

Für den Schweizerischen Baumeisterverband ist es unverständlich, warum die Gewerkschaften Unia und Syna nicht schon längst in die Verlängerung des bestehenden Gesamtarbeitsvertrags – im Bauhauptgewerbe Landesmantelvertrag genannt – eingewilligt haben.

Mit 6000 Franken Durchschnittslohn für das Baustellenpersonal, einer 40,5-Stunden-Woche und fünf bis sechs Wochen Ferien sei dieser der sozialste Gesamtarbeitsvertrag aller Handwerksbranchen, hiess es gestern vor den Medien in Biel.

### Aufträge gehen zurück

Die Baumeister argumentieren zudem mit dem makroökonomischen Umfeld. Der Auftragseingang im Bauhauptgewerbe sei im ersten Halbjahr im Vorjahresvergleich um 12,2 Prozent zurückgegangen. Zudem rechne der Bund mit einer negativen Jahresteuern von minus 1,1 Prozent, was bei gleichbleibenden Löhnen real einer Lohnerhöhung gleichkomme.

Mit einer Informationskampagne will der SBV die Bauarbeiter deshalb von den Vorzügen des bestehenden Landesmantelvertrags überzeugen. Auf über tausend Baustellen in der ganzen Schweiz werden Plakate aufgehängt.

Die Kampagne der Baumeister kommt nur einen Tag, nachdem die Gewerkschaften Unia und Syna mit Kampfmassnahmen, die bis hin zu Streik reichen könnten, gedroht haben. Dass die Baumeister den Vertrag lediglich verlängern wollen und nicht zu Neuverhandlungen bereit sind, stellt für sie einen Vertragsbruch dar.

# CO<sub>2</sub>-freies Wohnen als Ziel

**ZUG** Weltweit versucht man die Klimaerwärmung zu stoppen. Gefordert ist auch die Immobilienbranche. In Zug gibt es ein Pionierprojekt dazu.

ERNST MEIER  
ernst.meier@zugerzeitung.ch

Neben dem Verkehr zählen Immobilien zu den grössten Energieverbrauchern. 45 Prozent des jährlichen Energiekonsums in der Schweiz fallen in Gebäuden an. Und: 40 Prozent des für die Klimaerwärmung verantwortlichen CO<sub>2</sub>-Ausstosses stammt vom Gebäudepark. Entsprechend ist die Branche gefordert. Energieschonende Technologien rund um den Immobilienbau- und -unterhalt boomen. Vermehrt ersetzen Wärmepumpen den Heizkessel, und immer häufiger werden auf Dächern Solaranlagen installiert. In der Wohnung und im Büro ersetzen zudem energiesparende LED-Lampen klassische Glühbirnen. Sensoren erkennen die Anwesenheit von Personen und können Licht oder Klimatisierung steuern.

### Weg vom Erdöl

Die ausschliesslich im Kanton Zug tätige Immobilienfirma Zug Estates – mit den Arealen Suurstoffi in Risch und Metalli in der Stadt Zug – will in Sachen Energieverbrauch und nachhaltigem Gebäudebau neue Standards setzen. Seit rund fünf Jahren entwickelt Zug Estates das Areal Suurstoffi neben dem Rotkreuzer Bahnhof. Dereinst sollen auf dem rund 100 000 Quadratmeter grossen Areal 1500 Personen wohnen. Daneben sind Arbeitsplätze für 3000 Personen sowie Räume für 1300 Studierende geplant. Anlässlich des ersten Nachhaltigkeitsforums von Zug Estates letzte Woche erklärte deren CEO Tobias Achermann: «Wir haben uns zum Ziel gesetzt, die erste börsennotierte Immobiliengesellschaft mit einem Portfolio ohne CO<sub>2</sub>-Emissionen zu sein.»

Dafür setze man auf neueste innovative Technologien. So wird der Grossteil der Gebäudeenergie von den eigenen Solar- und Erdsondenanlagen produziert. 220 Erdsonden in rund 150 Meter Tiefe sind bereits in Betrieb, weitere 180 Sonden in 300 Meter unter der Erde werden in den nächsten Monaten zugeschaltet. Ein drittes Erdspeichersystem wird zurzeit evaluiert. Dieses «Energiesystem Suurstoffi» soll laut Tobias Achermann die Unabhängigkeit von fossilen Energieträgern ermöglichen.

Lobende Worte für die Bestrebungen von Zug Estates gab es am Nachhaltigkeitsforum von Walter Steinmann. Der Direktor des Bundesamtes für Energie bezeichnete in seinem Referat die Suurstoffi als Pionierprojekt, welches ganz im Sinne der Energiestrategie 2050 des Bun-

des sei. «Immer mehr Private werden künftig selber Energie produzieren», erklärte Steinmann. Statt aus grossen zentralen Kraftwerken komme der Strom künftig von vielen dezentralen kleinen Energieproduzenten. Besonders wichtig sei dabei, dass der produzierte Strom aus erneuerbarer Energie stamme.

### Projekt der Hochschule Luzern

Um die Umweltbilanz des Areals Suurstoffi zu messen, arbeitet Zug Estates mit dem Zentrum für Integrale Gebäudetechnik der Hochschule Luzern zusammen. Dieses wertet alle Verbraucherzahlen der Liegenschaften aus. «Seit Beginn der Messung 2010 konnten die Treibhausgasemissionen für die Heizung und Warmwasseraufbereitung um über 30 Prozent auf aktuell 16 Kilogramm CO<sub>2</sub>

pro Quadratmeter Mietfläche reduziert werden», erklärte Matthias Sulzer, Professor an der Hochschule Luzern. Das sei rund die Hälfte des Schweizer Durchschnitts. Tobias Achermann rechnet damit, dass dieser Wert aufgrund der aktuellen Investitionen und Massnahmen bis in fünf Jahren auf unter 1 Kilogramm CO<sub>2</sub> pro Quadratmeter Mietfläche sinken wird. Das Ziel heisse aber Zero-Zero. «Wir wollen mittelfristig alle unsere Immobilien mit erneuerbarer Energie und ohne CO<sub>2</sub>-Emissionen betreiben», bekräftigt Achermann.

### HINWEIS

Der Nachhaltigkeitsbericht 2015 der Zug-Estates-Gruppe kann auf der Website heruntergeladen werden: [www.zugestates.ch](http://www.zugestates.ch) (Unternehmen/Download)



Blick von oben auf das Suurstoffi-Areal in Risch-Rotkreuz mit seinen Solaranlagen.

Bild Stefan Kaiser

## FORUM

## Prämien könnten gar gesenkt werden

**Zu den höheren Krankenkassenprämien für 2016**

Wir haben das Glück eines ausgezeichneten Gesundheitssystems. Doch auch das muss bezahlbar bleiben. In den letzten 20 Jahren haben sich unsere Krankenkassenprämien mehr als verdoppelt.

Kaum ein Wirtschaftszweig, in dem der Rubel so unkontrolliert fliesst. Klar, dass gerade hier ein riesiges Sparpotenzial liegt; Experten schätzen es auf über 10 Milliarden Franken, trotz Fortschritt und steigender Lebenserwartung.

Spital-Ambulatorien sind eine gute Einrichtung. Aber sie gehören zu den

grossen Kostenverursachern. Trotzdem ist Sparpotenzial anderswo zu suchen. Nirgends wird so viel operiert wie hierzulande. Studien belegen, dass 20 Milliarden Franken – also ein Drittel – für unnötige Operationen oder Therapien ausgegeben werden. Kassen zahlen auch Schönheitsoperationen, sofern der Arzt sie als medizinisch notwendig erachtet. Doch schuld sind nicht allein die Ärzte, die (immer noch vielen) Spitäler, die Krankenkassen. Wir Patienten werden anspruchsvoller, springen in Kaskomanier schnell zum Arzt. Man will seine Prämie ja «amortisieren».

Wir brauchen nicht weniger, sondern mehr Eigenverantwortung, Herr Bundesrat Berset. Und mehr Markt, mehr Trans-

parenz, mehr Vernetzung und den effizienten Datenaustausch. Staatliche Regelungen, wie zum Beispiel die bundesrätliche Planwirtschaftsvorlage zur Steuerung des gesamten ambulanten Leistungsbereiches durch die Kantone, sind das falsche Rezept. Natürlich sind Prämienverbilligungen eine Entlastung für über 2 Millionen Menschen. Die 3,4 Milliarden Franken belasten jedoch alle Steuerzahler.

Mit mehr Masshalten, Effizienz und positiven Anreizen könnten wir einiges bewegen; sogar Prämien senken. Denn stets steigende Prämien sind auch Abbild ausufernder Begehrlichkeiten – hüben wie drüben!

BRUNO FÄH, BAAR

## Offener Geist und offene Herzen

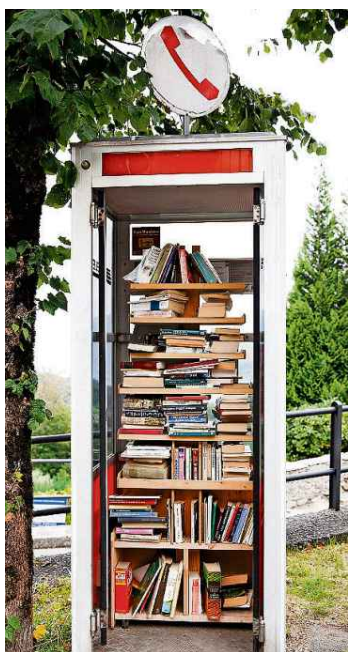
**Zur Kundgebung vom letzten Freitag in Zug**

Eine beeindruckende und positive Erfahrung machte ich am letzten Freitag in Zug: An der Kundgebung für Menschen in Not traf ich Personen aller Altersgruppen. In guten Gesprächen spürte ich das Engagement vieler, denen das Schicksal der in Europa gestrandeten Flüchtlinge nicht egal ist. Besonders beeindruckt haben mich Begegnungen mit jungen Menschen, die nicht in Ängsten vor Unbekanntem erstarren, sondern offen sind für die Entwicklungen, die in unserer globalisierten Gesellschaft heutzutage unumgänglich sind. Sie wollen nicht abschotten und sich verhärten, sondern integrieren und solidarisch sein. Sie pflegen nicht ihre Feindbilder, sondern ihre Herzenskräfte.

Der Radiomoderator und Rapper Knackeboul wie der Zuger Co-Dekan Alfredo Sacchi riefen dazu auf, unsere echt schweizerische humanitäre Grundhaltung auch im Umgang mit den Flüchtlingen bei uns weiter zu pflegen.

Besonders beeindruckt hat mich aber die Rede von Andreas Lustenberger, der engagiert und mutig sprach. Er wies unter anderem auf den Zusammenhang hin zwischen der Armut in südlichen Ländern und unserem Wohlstand, wie auch darauf, dass auch Schweizer Waffen zum Terror und zur Gewalt beitragen, die Menschen zur Flucht zwingen. Von dieser Veranstaltung ging ich hoffnungsvoll und gestärkt nach Hause – auch im Kanton Zug sind Menschen mit offenem Bewusstsein und starker Herzenskraft bereit, eine lebenswerte Zukunft für uns alle mitzugestalten.

BERTY ZEITER, BAAR



## Umgenutzt

**Diese zu einer Minibibliothek umfunktionierte Telefonkabine entdeckte unser Leser im Künstlerdorf Trarego hoch über dem Lago Maggiore.**

Leserbild Thomas Müller, Hünenberg

## Bitte sofort zurücktreten

**Zur Zuger Sexaffäre**

Jetzt ist die Affäre Hürlimann/Spiess wirklich nur noch peinlich und penibel. Bis ins letzte Detail wurde da recherchiert und ausgiebig, ausschweifend und auch genüsslich in allen Medien darüber berichtet. Nun aber sollte endlich ein Schlussstrich unter diese doofe Sexaffäre gezogen werden.

Am besten gehen die Medien mit gutem Beispiel voran und stellen die diesbezügliche Berichterstattung gänzlich ein. Und danach folgen die Betroffenen mit der einzig richtigen und logischen Konsequenz, nämlich dem sofortigen Rücktritt aus dem Kantonsrat. Es ist schon stossend, dass der Steuerzahler sich an dieser Affäre beteiligen muss. Und schon fast pervers ist die Vorstellung, dass die Beteiligten noch munter weiter im Rat sitzen.

Ich denke, dass den Hauptdarstellern der schweizerischen Spott- und Hohnnummer doch noch so viel Klarsicht verblieben ist, um die wirkliche Tragweite ihres Gebarens zu verstehen. Die Bühne der Landammannfeier für persönliches und eigennütziges Vergnügen zu missbrauchen, ist ein klares Charakterzeugnis für die beiden Beteiligten. Sie sind für ein solches Amt schlicht und einfach nicht reif genug und entbehren auch der Würde, ihre Wähler und ihre Partei im Rat zu vertreten. Ich würde mich jedenfalls schämen, sähe ich als Wähler meine Stimme dieserart missbraucht.

Und merken sie selber nicht, dass solche Clowns im Rat nichts mehr verloren haben, wird es höchste Zeit, dass ihre Parteien ihnen die diesbezügliche Nachhilfe erteilen.

RENÉ BAGNOUD, HÜNENBERG

## Liberalisierung ist wünschenswert

**Zur Diskussion um die Ladenöffnungszeiten**

Der Ständerat hat eine liberalisierte Ladenöffnungszeiten in der Schweiz klar abgelehnt. Die Kantone können weiterhin selbst bestimmen. Ich würde eine solche Liberalisierung der Kantone sehr begrüssen. Was, wenn man für das Abendessen für Gäste noch etwas braucht und keine Tankstelle in der Nähe ist? Man sollte eine fixe Zeit bis zirka 19.30 Uhr in der gesamten Schweiz festlegen. Alles was danach noch geöffnet hat, wäre Kantonsache. Dies wäre eine gesunde Zwischenlösung, bei der beide Seiten berücksichtigt wären.

JASMIN HESS, RISCH